

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe „Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren“ (Drucksache 6/5830)

Der Landtag möge beschließen:

Es wird ein sofortiges Moratorium für den weiteren Ausbau der Windenergie erlassen.

Begründung:

Die Landesregierung wollte sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Lasten der Verstromung von regenerativen Energien gleichmäßig verteilt werden. Denn der ungezügelte Ausbau der Windenergieanlagen hat dazu geführt, dass Brandenburg die höchsten Kosten für Netzmanagement und Netzeingriffe hat. Die Landesregierung und Minister Albrecht Gerber haben immer darauf hingewiesen, dass Ende 2016 Verhandlungen auf Bundesebene erfolgen sollten. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat dem eine Absage erteilt. Die Landesregierung kann nun nicht andere für ihre Energiewende mit in die Verantwortung ziehen. Eine Kostenverteilung der erhöhten Netzentgelte findet nicht statt.

Schon jetzt zahlen Brandenburger Haushalte durchschnittlich 352 Euro zusätzlich für die Stromerzeugung aus regenerativen Energien, Tendenz stark steigend. Einkommensschwache Haushalte zahlen von ihrem Einkommen einen höheren Anteil für Strom als einkommensstärkere Haushalte. Ein Ende der ausufernden Kostenerhöhungen auf Grund der konzeptionslosen Energiewende ist nicht abzusehen. Ministerpräsident Dietmar Woidke hat folgerichtig auf die unsozialen Aspekte der Energiewende und die Standortnachteile hingewiesen. Er sagte auch: „Wenn es keine fairere Verteilung der Kosten gibt, werden wir prüfen, ob wir unsere Ausbauziele noch einhalten können“. Dieser Entschließungsantrag nimmt Ministerpräsidenten Dietmar Woidke beim Wort und fordert nun die Konsequenz.

Dr. Alexander Gauland
für die AfD-Fraktion